Nacht-Telegramme.

Wien, 1. Mai. In verschiedenen Orten Steiermarks sowie in Nieder- und Oberösterreich, Salzburg und Steiermark ein heftig geführter Gewitterregen. In Windberg (Steiermark) wurden viele Häuser beschädigt und einige Personen getödtet. Dem Schaden beträgt der Gesammtschaden. In Mitterndorf und Marburg (Steiermark) wurden viele Wechselhäuser eingeäschert.

London, 1. Mai. Ein Gerücht besagt, der König von Dänemark werde zum Schiedsrichter ernannt, falls Russland acceptirt, daß die Penjdeh-Affaire einem Schiedsgericht unterbreitet wird.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Auction
von
Lorbeer-Bäumen,
circa 30 Paar verschiedener Grösse, schönen **Palmen** für Zimmer-, sowie Gartenschmuck, div. andere gute **Decorationspflanzen,**
Freitag, den 15. Mai, Vorm. 10 Uhr bei
Oscar Liebmann,
Kunst- u. Handelsgärtnerei
Freibergerstr. 35.

Jaquettes, Umhänge,
(höchst geschmackvolle Neuheiten) findet man in grösster Auswahl zu billigsten Preisen im **Specialgeschäft** von
Richard Ulbricht,
Neustadt 14 Heinrichstr. 14 **Neustadt**
(Nähe des Kaiser-Wilhelmplatz.)

Moritz Klinguer,
Augustusstrasse Nr. 4 (Bazar de voyage),
empfiehlt zur billigen und praktischen Reise
Fournier-Reisekoffer
als Unicum der Leichtigkeit, Solidität und Eleganz.
Grösste Auswahl von Taschen-Necessaires etc.

M. H. Wendschuch, Bandagist u. Orthopädist (etablirt 1862.)
Marienstrasse 21 b, Dresden.
Anfertigung u. grosses Lager aller soliden Arten **Bandagen, Leibbinden, orthopäd. Corsets, Geradhalter, Fussmaschinen, künstliche Beine, Artikel für Chirurgie, Orthopädie, Krankenpflege etc.**

Nr. 122. 30. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 2. Mai: Mäßiger Südwestwind. Veränderliche Bewölkung. Etwas Niederschlag. Etwas kälter. | Dresden, 1885. **Sonnabend, 2. Mai.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Vor der Hand kein Tabakmonopol! Das war das Erfreulichste, was aus den Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses über den Hüne'schen Antrag heraussprang. Der preußische Finanzminister v. Scholz gab selbst diese Erklärung ab. Sie ist geeignet, wenigstens eine Zeit lang der großen Tabaksindustrie die ihr so nothwendige Ruhe wiederzugeben. Wir setzen dabei voraus, daß der genannte Finanzminister, als er ausrief: „Sie werden nicht in die Lage kommen, einem gesetzgeberischen Vorschlage der Regierung bezüglich des Tabaksmonopols wieder gegenüberzustehen!" — daß er dabei zwar die preußischen Landboten angeredet, aber die großen Parteien im Reichstage gemeint hat. Denn nicht die preußische Regierung, vielmehr der Bundesrath mit seinem Reichskanzler-Präsidenten hat über eine Tabaksmonopolvorlage die Entscheidung zu treffen. Nicht die preußische Landtagsstube, sondern der deutsche Reichstagssaal ist die Stätte, wo die Entscheidung über das Tabakmonopol fällt. Das Mandat der preußischen Landtagsabgeordneten läuft demnächst ab; Neuwahlen stehen im Herbst bevor, während die Mandate der jetzigen Reichstagsabgeordneten noch 2 Jahre dauern. Auf solange also bleibt, nach den v. Scholz'schen Erklärungen, der Monopolgedanke zurückgestellt. Viel ist das nicht und die so bedeutsame Tabaksindustrie mag sich nur darauf einrichten, daß man sie nachher weiter „bluten" lassen will. Denn Herr v. Scholz sprach von dem Tabakmonopol und dessen reichen Ergebnissen etwa mit der Begeisterung und Sehnsucht wie ein russischer Oberst von den Schätzen, die er in Indien zu erbeuten gedenkt. Eine Art Naturnothwendigkeit, fantasirte dieser Herr, werde zuletzt dahin treiben, das Tabaksmonopol einzuführen. Das Volk wird bei den nächsten Reichstagswahlen schon dafür sorgen, daß diese Ankündigungen bleiben was sie sind: Einbildungen. Immerhin hat die Annahme des Hüne'schen Antrages die Bedeutung eines kleinen Schrittes nach dem Monopol zu. Es ist eine Art Handgeld darauf; denn wenn Preußen seinen Antheil an den Reichssteuern nicht zur Bestreitung seiner Staatsbedürfnisse, zunächst also zur Deckung des Defizits verwendet und da der preußische Staat doch nicht in alle Ewigkeit auf der abschüssigen Bahn des fortgesetzten Schuldenmachens fortschreiten will, so liegt jetzt eine Art Aufforderung an den Reichstag vor: erbarme Dich unserer, d. h. führe neue Steuern ein und da erhebt sich eben das Gespenst des Tabaksmonopols. Insofern erscheint uns der Antrag Hüne, die Vieh- und Getreidezölle an die preußischen Gemeinden zu vertheilen, als ein sehr gefährlicher Schritt. Wir verkennen dabei gar nicht, daß er auch eine gute Seite hat. Es giebt überhaupt Nichts in der Welt, das nicht irgend einen Vortheil brächte. Und wenn man als einen Vorzug des Hüne'schen Antrages preist, daß er endlich anfange, die Versprechungen zu erfüllen, daß die Zollerhöhungen auf anderen Gebieten zur Entlastung der Steuerzahler dienen sollen — so wollen wir nicht eigensinnig die Augen davor verschließen. Wenn z. B. in Ausführung des Antrages Hüne die Gemeinden in Preußen ansehnliche Beträge zum Chausseebau bekommen, so wird dies ihnen wohlschmecken und dem thörichten Gerede, als ob die Korn- und Viehzölle die Lebensmittel vertheuerten, wird der letzte Vorwand entzogen. Die Steuerzahler brauchen dann eben weniger an Gemeindeabgaben für solche Zwecke aufzubringen. Aber dieser Vortheil ist unerheblich gegenüber dem Ruine der blühenden Tabaksindustrie, der Arbeitslosigkeit und den sonstigen allbekannten Verderbnissen, die sich als Folgen des Monopols einstellen müssen. Daher ist der Antrag Hüne ein grober Schnitzer und wir hoffen zuversichtlich, daß unser sächsischer Landtag nicht in den gleichen Fehler verfällt. Als nichtpreußisches Blatt können wir uns auf diesen allgemeinen Gesichtspunkt beschränken. Die Detailausführung des Hüne'schen Antrages, das Abwägen seiner Vortheile gegen diejenigen des nationalliberalen Gegenantrages hat für alle Nicht-Preußen nur ein untergeordnetes Interesse. Nur das Eine sei noch kurz bemerkt, daß man sich die Sache in Berlin jetzt so denkt, daß von dem preußischen Antheil an den Korn- und Viehzöllen erst 15 Millionen an die Staatskasse abgeben und erst der Rest an die Gemeinden vertheilt werden soll. Da nun aber die Erträgnisse namentlich der Kornzölle der Natur der Dinge nach (Ernte, Wetter, Zufuhr, Spekulation ꝛc.) großen Schwankungen unterliegen, werden die preußischen Gemeinden nie im Voraus genau wissen, auf wieviel sie bestimmt zu rechnen haben.

Die Sozialdemokratie hat es nicht verwinden können, daß die Ordnungsparteien ihnen den Freiberger Wahlkreis entrissen hatten. Der Abg. Kayser wäre damit beinahe obdachlos geworden und Das, Jedermann sieht dies ein, wäre ein schreckliches Unglück gewesen. So aber hat er, Dank der abgeschmackten Feindschaft der Ordnungsparteien im Reichenbacher Wahlkreis, noch durch das Voigtland Gelegenheit gefunden, das Volk zu beglücken. Seinen Freiberger Durchfall aber vergißt Herr Kayser nicht so leicht und wenn er an seinen Besieger, dem Bergrath Merbach, sein Müthchen kühlen kann, ist er nie verlegen. Herr Kayser zeterte denn auch über angebliche Wahlbeeinflussungen. Angeblich hätten die Berg- und Hüttenleute ihr Wahlrecht nicht frei ausüben können. Wenn ungehörige Einwirkungen auf die Wähler vorgekommen sein sollten — es wird dies aber bestritten — so sind sie unter allen Umständen zu verwerfen. Aber eine Partei, die, wie die sozialdemokratische, durch ihre Organisation Tausende von Arbeitern zwingt, auch gegen ihren Willen sozialdemokratische Stimmzettel abzugeben, eine Partei, die wie im Freiberger Wahlkreise, mit ihren Agitationen unter und über der Erde das Menschenmögliche nach dieser Richtung geleistet hat, sollte da zunächst die Balken aus ihren Augen entfernen. Augenblicklich fühlen die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage das Bedürfniß, durch starke Ausdrücke ihr schwindendes Ansehen in der Partei aufzufrischen. Viele der Sozialdemokraten sind mit der Parteileitung unzufrieden. Zum Theil treten ihnen die Abgeordneten zu zahm auf; diese hätten sich zu sehr auf den Boden der Wirklichkeit gestellt und trügen den Verhältnissen zu sehr Rechnung. Man verlangt von ihnen revolutionäre Thaten. Die Befehdung der sozialdemokratischen Abgeordneten aus diesem Grunde gereicht ihnen selbst nur zur Ehre. Wenn sie einsehen gelernt haben, daß die Welt nicht aus den Angeln zu heben ist, daß man nicht mit dem Kopfe durch die Wand rennen kann, wenn sie ausführbare Anträge einbringen, welche Verbesserungen der Lage der nothleidenden arbeitenden Klassen ernstlich bezwecken, dann kann ihnen nur der fanatische Haß der geschworenen Feinde der Menschheit daraus einen Vorwurf machen. Alle anderen Parteien erblicken in solchem Auftreten der sozialdemokratischen Abgeordneten nur einen hoffnungsvollen Anfang eines unvermeidlichen Umbildungsprozesses der Arbeitervertretung. Aber viele Sozialdemokraten sind noch weit mehr deshalb mit ihren Abgeordneten unzufrieden, weil etliche derselben die soziale Frage zunächst für sich selbst gelöst haben, indem sie als sozialdemokratische Bierwirthe, Krämer, Cigarrenhändler u. s. w. ganz richtige Bourgeois mit reichlichen Einkünften geworden sind und für ihre persönlichen Interessen bestens zu sorgen verstanden haben. So hat ein naher Verwandter eines der sozialdemokratischen Parteihäupter unlängst eine Agitationsreise mit Frau, Kind und Dienstmädchen unternommen und die Kosten dafür dem Parteifonds berechnet und entnommen. Das hat viel böses Blut gemacht und Klagen über Protektionswirthschaft und Mißbrauch zu selbstsüchtigen Zwecken zur Folge gehabt. Daher geht jetzt ein tiefer Riß durch die Partei. Im allgemeinen Interesse ist es gelegen, daß die Stimme der Vernunft unter den Sozialdemokraten die Oberhand behält und daß diejenigen gemäßigten Elemente, welche das Heil der Zukunft in Reformen, nicht in der Revolution erblicken und den gesetzmäßigen Boden wahren wollen, sich des Ansturms der blindwüthenden Umsturzmänner in ihrer Partei zu erwehren wissen.

Abermals hat sich eine Alarmnachricht aus Centralasien als Lügenschwindel enthüllt. General Komarow hat keineswegs Merutschak besetzt. Hätte er es gethan, so würde er auch dabei noch nicht über diejenige Grenze hinausgegriffen haben, die England den Russen selbst einräumen zu wollen erklärt hat, denn dieses Merutschak liegt noch 1 Stunde von der künftigen Südgrenze Rußlands gegen Afghanistan hin entfernt. Doch kann man einem derartigen Vordringen der Russen auf Herat zu jeder Stunde entgegensehen. Die vom General Komarow veröffentlichten Schilderungen von den dortigen Ereignissen machen ganz den Eindruck, als ob die Diplomatie in Petersburg ihre Generäle dort nicht ganz in der Gewalt hat oder — haben will. Wird die Welt daher eines Tages von der Nachricht überrascht: Die Russen sind in Herat eingerückt, so bricht deshalb immer noch nicht der Krieg aus. Denn England richtet sich darauf ein: auch ohne Kriegführung Rußland zu erschöpfen. Es fragt sich nur, ob es dazu die Kraft besitzt.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 1. Mai

Berlin. Abgeordnetenhaus. Die zweite Berathung des Verwendungsgesetzentwurfs des Abg. v. Huene wird fortgesetzt. Nach § 2 soll die Ueberweisung an die Kreise erfolgen. Abg. Rickert (d.-fr.) beantragt folgenden Zusatz: „Bis zum 1. April 1888 verbleibt jedoch von der zu überweisenden Summe erforderlichen Falles der Staatskasse noch derjenige Betrag, für welchen sonst zur Bestreitung der Staatsausgaben im Staatshaushaltsetat Staatsanleihen aufgenommen werden müßten. Die böse Presse habe Recht gehabt, wenn sie dem Finanzminister Inkonsequenz vorgeworfen. Die gestrigen Ausführungen des Abg. Enneccerus ließen ebenfalls alle und jede Logik vermissen. Wie könne man dieses Verwendungsgesetz mit dem Steuererlaß von 1881 vergleichen? Damals hatten wir kein Defizit, heute betrage es 20 Millionen. Das Tabaksmonopol werde nicht bald kommen, sage der Minister, eine höhere Tabakssteuer, die noch viel schlimmer sei, werde aber nicht ausbleiben. Der Antrag Huene bedeute die nackte Interessenvertretung, die krasseste Agrarierpolitik. Wer solle nun entlastet werden? 27 Proz. zahlten keine Steuer, gerade die Leute, welche durch die Zollerhöhungen am meisten getroffen würden; diese würden nichts profitiren. Für die nächste Stufe würden jährlich 58 Pfennige, für die nächste 1 Mk. erlassen werden; für die höheren Klassen steige die Entlastung. Die Gemeinden auf schwankende Einnahmen zu setzen, sei eine ganz falsche Finanzpolitik. Abg. v. Rauchhaupt (kons.): die Rickert'sche Rede könnte vielleicht in einer Frauenversammlung noch wirken, hier im Hause nicht (Heiterkeit). Rickert greife die Nationalliberalen wegen ihrer Haltung heftig an, in denselben Athemzuge bezeichne er die Gneist'schen Ausführungen als die einzig richtigen, sage er, die Kommunalsteuerreform müsse auf den Reallasten aufgebaut werden. Das wolle doch aber der nationalliberale Antrag! Der Spott des Finanzministers sei ein verdienter. Die Freisinnigen jammerten immer über das Defizit, thäten aber im Reichstage nichts, um es zu beseitigen. Die Ausführungen des Vorredners, daß eine Entlastung nicht stattfinde, seien ganz unzutreffend. Es handle sich nicht um eine Milderung von Staatslasten, sondern von Kommunallasten, für Jene sei der Steuererlaß von 1881, für Diese der Antrag Huene bestimmt. Und dieser Aufgabe werde das Gesetz in vollem Maaße, soweit Mittel vorhanden seien, nachkommen. (Beifall rechts.) Abg. v. Zedlitz (fr.-kons.), v. Meyer (kons.) gegen das Gesetz im Gegensatz zur Mehrheit ihrer Fraktionen. § 2 und 3 wird angenommen.

Berlin. Der Reichstag setzt bei schwacher Besetzung die Berathung der Zolltarifnovelle fort. Vorher theilt der Präsident ein Schreiben der Staatsanwaltschaft zu München mit, worin die Ermächtigung des Reichstags zur strafrechtlichen Verfolgung des Abg. Viereck (Sozialist) wegen Uebertretung des Sozialistengesetzes nachgesucht wird. Das Schreiben geht an die Geschäftsordnungskommission. Abgg. v. Fischer und Gen. beantragen, den Zoll für gepreßte Hornknöpfe von 30 auf 120 Mark zu erhöhen. Abgg. Roß (Centrum) und v. Cuny (nat.-lib.) unterstützen den Antrag unter Hinweis auf die Entwickelung der noch jungen Hornknopfindustrie in Deutschland, welche den heimischen Bedarf befriedigen könne. Abg. Broemel (deutschfreis.) meint, man solle doch endlich aufhören, junge Industrien unter Protektion zu nehmen. Bundeskommissar Geh. Rath Kraut: Die Regierung werde infolge des gestellten Antrags Ermittelungen über die Lage dieser Industrie einziehen; zur Zeit könne sie zu dem Antrage nicht Stellung nehmen. Abg. v. Fischer zieht seinen Antrag mit Rücksicht auf diese Erklärung zurück, um ihn bei der dritten Lesung zu erneuern. Abg. Löwe beantragt für hartes Glanzgarn aus langhaariger, in England produzirter Wolle eine Zollermäßigung von 8 auf 3 Mark. Bundeskommissar Geh. Rath Kraut hat Bedenken gegen diesen Antrag, da die Hartgarne bei uns in genügender Menge gefertigt würden. Der Antrag Löwe wird angenommen. Zur Position Leder und Lederwaaren hatten die Abgg. v. Kardorff, Letocha und Baumbach verschiedene Anträge gestellt, welche der Kommission überwiesen worden waren. Diese schlägt nun vor: den Reichskanzler zu ersuchen, die Frage einer anderweiten Normirung der Lederzölle einer Prüfung zu unterwerfen und dem Reichstage Abänderungsvorschläge zu machen. Staatssekretär v. Burchard stellt eine Untersuchung der einschlägigen Fragen in Aussicht, worauf die Anträge zurückgezogen werden. Abg. Schuhmacher (Soz.) bekämpft jede Zollerhöhung auf Leder. Die 20,000 in der Gerberei beschäftigten Arbeiter müßten gegenüber den 450,000 Arbeitern der Schuhmacherei zurückstehen, die durch eine Zollerhöhung geschädigt werden würden. Die Position ist durch die Zurückziehung der Anträge erledigt. Der Gesetzentwurf, betreffend die Zulässigkeit von Mehl, Fleisch, Branntwein und Wein, als Objekte der Kommunalbesteuerung, geht an die Kommission, nachdem Richter die Vorlage bekämpft und Hammacher die Ausdehnung derselben auch auf Wein gewünscht. Das Reichskassenscheinpapierschutzgesetz wird angenommen, das Zuckersteuerrückvergütungsgesetz in erster Lesung erledigt. Es folgt die zweite Berathung der Ausdehnung der Krankenunfallversicherung auf die Arbeiter im Transportgewerbe. Ag. Kayser beantragt die Ausdehnung auf Feuerwehrleute, Straßenkehrer, Gartenbeamte und andere Betriebsunterbeamte. Staatssekretär v. Bötticher bedauert, daß Kayser den Antrag nicht in der Kommission gestellt habe, wo das sozialdemokratische Mitglied durch Abwesenheit glänzte. Abg. Kayser: Er sei erst nach Erledigung des § 1 in die Kommission eingetreten. Seine Fraktion sei schon viel in Kommissionen beschäftigt, sie könnten als unbesoldete Reichsbeamte nicht mehr leisten. Man gewähre den Abg. Diäten, dann könne man auch mehr Arbeit von ihnen verlangen. Abg. v. Maltzahn: Es sei bezeichnend, daß die Herren blos für die Arbeiter thätig sein wollen, wenn sie dafür bezahlt werden. Warum wurde der Antrag nicht in der Kommission gestellt? Die Herren lieben die Verhandlung im Plenum. Sie reden lieber, als daß sie arbeiten und Arbeit gehöre in die Kommissionen. Die Herren haben die Kommissionssitzungen geschwänzt und wo etwas zu erreichen war, den Mund nicht aufgemacht. (Lebhafter Beifall.) Kayser erklärt, auch ohne Diäten auf dem Platze sein zu wollen. Auer: Von 24 sozialdemokratischen Abgeordneten gehörten 18 Kommissionen an, da könne es vorkommen, daß einmal einer fehle. Wenn die Herren rechts sagten, sie bezögen auch keine Diäten, so erwiedere er, daß sie ihr Hiersein zu einem Raubzuge ausgenutzt hätten (Große Unruhe, der Präsident ruft den Redner zur Ordnung). Schließlich wird der Antrag Kayser gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Weiterberathung morgen. — (Zu der gestrigen Mittheilung über die Beschlüsse des Reichstages betreffs der Wahlprüfungen ist eine Verwechslung unterlaufen. Die Wahl des Abg. Merbach wurde für giltig erklärt, während in Bezug auf die Wahl des Abg. Ebert die Beschlußfassung noch ausgesetzt wurde.)

Berlin. (Privatdepesche.) Für die sächsische Webindustrie, namentlich die in Meerane und Glauchau, ist ein heute vom Reichstag gefaßter Beschluß von großer Wichtigkeit. Nach Zurückziehung der Anträge Benzig und Löwe nahm der Reichstag nach einer günstigen Aussprache der Regierung den Antrag an: Den Eingangszoll für einfaches und ungefärbtes, doublirtes hartes Glanzgarn, aus langhaariger in England produzirter Wolle, ungemischt mit anderen Spinn-Materialien, auf 3 Mk. herabzusetzen.

Berlin. Der Kaiser stattete gelegentlich einer Spazierfahrt der Wittwe des sächsischen Gesandten von Nostitz-Wallwitz im Gesandtschaftshotel einen Besuch ab. Der Ankunft des neuen Gesandten, Grafen Hohenthal, wird nächste Woche entgegengesehen. — Die Friedensaussichten sind wieder wesentlich gestiegen. Die „Nordd." sagt, die heutigen Situationsdepeschen ließen klar erkennen, wie wenig reelle Momente zur Besorgniß vor einer englisch-russischen Kriegseventualität eigentlich vorhanden seien. Die „Kreuzzeitung" meint: Die drohenden Anzeichen der letzten Tage erwiesen sich als Erfindungen, woran die Börse vermuthlich einen ebenso großen Antheil als die Ungeschicklichkeit des englischen Ministers habe. Londoner Privatdepeschen bezeichnen dagegen die Lage noch immer als gespannt.

Die Berliner Börse zeigte infolge besserer politischer Nachrichten, sowie höherer auswärtiger Notirungen eine sehr freundliche Physiognomie. Auf allen Gebieten herrschte lebhafte Kauflust zu steigenden Kourien. Leitende Banken lebhaft. Kreditaktien 9½ Mk., Diskontogesellschaft 4¼, deutsche Bank 2⅛ Proz. höher. Von deutschen Eisenbahnen wurden infolge veränderter Auffassung Ostpreußen um 2¾, Marienburger um 3 Proz. gewogen, während sonst Kurserhöhungen zu verzeichnen waren. Oesterreichische Bahnen erfuhren bedeutende Besserungen. Franzosen gewannen 10½, Lombarden 8, Elbethal 6 Mark. Bergwerke still, aber gleichfalls höher. Für fremde Renten angeregte Kauflust. Neue Russen 3½, Italiener und Ungarn je 1⅛ Proz. höher. Im Kassaverkehre überwogen gleichfalls Kursbesserungen.

Frankfurt a. M., 1. Mai. Credit 227¾. Staatsbahn 229,00. Lombarden 110½. Galizier 204½. Egypter 69⅛. Oesterr. Ung. Goldrente 75¼. Gotthardbahn —. Disconto 186½. Fest.

Wien, 1. Mai. Credit 280,00. Staatsbahn 295,70. Lombarden 125,50. Nordwestbahn 163,20. Marknoten 61,55. Ung. Credit 277,25. Ruhig.

Paris, 1. Mai. Schluß. Rente 78,22. Anleihe 107,50. Italiener 91,70. Staatsbahn 600,00. Lombarden 271,25. do. Prioritäten —. Spanier 56,81. Oest. Goldrente —. Egypter 398,00. Ottomanen 567,00. Fest.

London, 1. Mai. Des Bankfeiertags wegen keine Börse. Außerhalb der Stockexchange wurden vereinzelt 1883er Russen zu 96,87 gehandelt.

Breslau, 1. Mai, Nachm. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 Proc. pr. Mai-Juni 40,60, pr. August-Septbr. 43,80, pr. Septbr.-Octbr. 44,00. Weizen pr. Mai 174,00. Roggen pr. Juni-Juli 150,00, pr. Juli-August 150,50, Septbr.-October 138,00. Rüböl pr. Mai-Juni 52,00, pr. Septbr.-October 54,00. — Zink unverändert. — Wetter: Trübe.

Stettin, 1. Mai, Nachm. 1 Uhr. (Getreidemarkt). Weizen unverändert, loco 168—178, pr. Mai-Juni 179,50, pr. Juni-Juli 181,50, pr. Septbr.-October 188,50. Roggen unverändert, loco 140—146, pr. Mai-Juni 147,50, pr. Juni-Juli 151,00, pr. Septbr.-October 154,00. Rüböl still, pr. Mai-Juni 50,50, pr. Septbr.-October 53,50. Spiritus fest, loco 41,00, pr. Mai-Juni 41,40, pr. Juli-August 43,70, pr. August-September 44,90. Petroleum loco alte Usance 29 Prov. Tara, Casse ½, Proc., 7,50.

London, 1. Mai. Englischer Weizen träge, unverändert, fremder kaum behauptet, schwerer verkäuflich, angekommener Weizen ruhig. Mehl fest ig, amerikanischer Mais ⅛ bis 1 Sch. theurer, Uebriges ruhig. Wetter regnerisch.

Kameelwoll-Decken nach Vorschrift des Hrn. Prof. Dr. Jäger empfiehlt W. Metzler, Altmarkt 15. Preisliste gratis u. frco.

Lokales und Sächsisches.

— Dr. phil. v. Seidlitz ward zum vortragenden Rathe (Königl. Sammlungen für Kunst und Wissenschaft) mit dem Charakter eines Regierungsrathes in der 4. Kl. der Hofrangordnung ernannt.

— In die Stelle des verstorbenen Criminalrathes Weller ist Herr Criminal-Commissar Paul eingerückt, während Herr Criminal-Commissar Hohlfeld aus Leipzig die Stelle des Herrn Paul erhalten wird.

— Die vorgestrige Stadtverordnetensitzung eröffnete Herr Vicevorsteher Osw. Matthäi mit dem Vortrag eines sehr herzlichen Dankschreibens Sr. Exc. des Wirkl. Geheimrathes Dr. v. Schwarze für die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes der Stadt Dresden; zugleich verabschiedet sich Se. Excellenz von dem Kreise der Stadtverordneten und drückt sein Bedauern aus, in Folge körperlichen Leidens nicht mehr direkt in diesem Kreise zum Wohle der geliebten Stadt mitwirken zu können. Glatt und sachlich wurde die ganze sehr umfängliche Tagesordnung erledigt und mehrere rein formelle Gegenstände hier unerwähnt lassend, beschränken wir uns auf Folgendes. Den betr. Rathsvorlagen gemäß werden bewilligt: 1125 Mk. zur Errichtung einer 4. Elementarklasse an der 16. Bezirksschule, 150 Mk. als Unterstützung an die Fach- und Fortbildungsschule der hiesigen Klempnerinnung, 686 Mk. Mehraufwand bei Er-